
241/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 22.10.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Gusenbauer, Dr. Matznetter, Mag. Moser, Mag. Hoscher, Eder
und GenossInnen

betreffend **Programm zur Konjunkturbelebung**

Österreich erreicht immer neue Rekordstände in der Arbeitslosigkeit und fällt in den internationalen Wirtschafts-Rankings zurück. Sofortiges Handeln ist daher dringend geboten.

Und die Zeit drängt. Denn **Österreich will und soll zu den besten in Europa gehören.** Das war in den dreißig Jahren sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung schon beinahe selbstverständlich der Fall. Heute ist Österreich wegen des verfehlten Schüssel-Grasser-Kurses der schwarz-blauen Bundesregierung weit davon entfernt.

Österreich befindet sich in einer hartnäckigen Wirtschafts-Flaute. **Trotz der anhaltenden Wirtschaftskrise nützen Schüssel und Grasser vorhandene wirtschafts- und konjunkturpolitische Handlungsspielräume jedoch nicht.**

Dass **nationale Handlungsspielräume trotz globaler Wirtschaftskrise gegeben** wären, sieht man daran, dass Österreich in den letzten drei Jahren von zahlreichen EU-Staaten in wichtigen wirtschaftlichen Kennzahlen überholt wurde. Andere haben die Krise eben besser gemeistert.

Schüssel und Grasser haben durch ihr **Festhalten am Fetisch Nulldefizit** in konjunkturell schlechten Zeiten **prozyklische Haushaltspolitik** betrieben. Sie haben damit den wirtschaftlichen Abschwung verstärkt, Österreich in die Rezession geführt und schließlich schwaches Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit zu verantworten. Zuletzt haben sie durch sinkende Steuereinnahmen und steigende Ausgaben für Arbeitslosigkeit und Pensionszuschüsse auch das Nulldefizit nicht halten können. Ein Budget(saldo) ist eben nicht Selbstzweck sondern Mittel zum Zweck - nach Ansicht der SPÖ zur Sicherung von

Wachstum und Beschäftigung.

Schüssel und Grasser haben mit ihrem Kurs **Österreich von der Überholspur auf die Kriechspur** gebracht und die österreichische Wirtschaft mit hausgemachten negativen

Effekten für Wachstum, Beschäftigung und Realeinkommen belastet. Die Österreicherinnen und Österreicher verlieren damit an Wohlstand und sozialer Sicherheit.

Damit sich das für die Menschen in Österreich wieder positiv verändert, setzt sich die SPÖ bereits seit nunmehr zwei Jahren für ein Programm zur Konjunkturbelebung ein. Seit Herbst 2001 bringt die SPÖ daher entsprechende, konkrete Anträge im Nationalrat ein, unter anderem für das Vorziehen von baureifen Infrastrukturprojekten oder für eine steuerliche Entlastung der Einkommen und der Wirtschaft im Ausmaß von bis zu drei Milliarden Euro ein.

Es reicht nicht aus, wenn selbst Mitglieder der Bundesregierung einsehen, dass der schwarz-blaue Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik umfassend gescheitert ist, wie das zuletzt der bereits aus dem Amt geschiedene Vizekanzler Herbert Haupt richtig erkannt und öffentlich ausgesprochen hat.

Notwendig ist eine Alternative. Die SPÖ kann und will diese Alternative bieten.

Das sozialdemokratische Programm zur Konjunkturbelebung

Die SPÖ tritt für einen **wirksamen Mix aus angebots- und nachfrageseitigen sowie kurz- und mittelfristigen Maßnahmen** ein, um nachhaltiges, ökologisch verträgliches Wachstum sicherzustellen.

Sowohl Infrastrukturinvestitionen als auch mehr Kaufkraft in den Taschen der Österreicherinnen und Österreicher können dazu beitragen, den nächsten konjunkturellen Aufschwung zu unterstützen.

Eine eigene, nationale Kraftanstrengung ist für die SPÖ deshalb unverzichtbar, weil nur diese sicherstellt, dass Österreich wie in der Vergangenheit durch umsichtige Wirtschaftspolitik im Verhältnis zu den anderen EU-Mitgliedsstaaten gestärkt aus wirtschaftlich schwierigen Zeiten hervorgeht.

Dieser Vorsprung wird **Österreich wieder zurück unter die** in den letzten drei Jahren verlorenen **EU-Spitzenrängen** bei Wachstum, Beschäftigungsentwicklung, Reallohnentwicklung und Zukunftsinvestitionen bringen.

Die **SPÖ bekennt sich** in diesem Zusammenhang **zu über den Konjunkturzyklus ausgeglichene Haushalte**. Die SPÖ nimmt daher vorübergehend zur Ankurbelung der Konjunktur höhere Defizite in Kauf und steht nicht für einen Kurs des Kaputtsparens zur Verfügung, wie ihn die schwarz-blaue Bundesregierung seit dem Beginn der Rezession im Jahr 2001 eigensinnig verfolgt. In Zeiten guter Konjunktur sind die jetzt zum Zweck der Konjunkturbelebung anfallenden höheren Defizite wieder auszugleichen. Um dieses Ziel zu erreichen sollen bereits geplante Infrastrukturprojekte lediglich vorgezogen und einige Maßnahmen befristet gesetzt werden.

Daneben hat Österreich **auf europäischer Ebene alle Anstrengungen zu unternehmen**, dass auch von dieser Ebene positive Impulse zur Konjunkturbelebung ausgehen, beispielsweise durch das Umsetzen europäischer Infrastrukturprojekte und durch eine Erarbeitung intelligenterer Regeln im Rahmen der sog. Maastricht-Kriterien des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts

Schließlich tritt die **SPÖ dafür** ein, **dass** im Weg des Finanzausgleichs und des neuen innerösterreichischen Stabilitätspakts **wieder ausreichend Mittel für die Investitionen der Gemeinden** als indirekt größtem Arbeitgeber in Österreich für die Entwicklung der Gemeinde-Infrastruktur **zur Verfügung gestellt werden**, nachdem die schwarz-blaue Bundesregierung dafür gesorgt hat, dass die Investitionstätigkeit der Gemeinden in den letzten drei Jahren gegen Null gegangen ist.

Kurzfristig wirksame Maßnahmen

Ein Bündel kurzfristig wirksamer Maßnahmen soll eine rasche Konjunkturbelebung in Österreich unterstützen. Nach Ansicht von Wirtschaftsforschern wirken generell Ausgaben stärker direkt auf die Inlandsnachfrage als steuerliche Maßnahmen (größerer Multiplikator). In einer aktuellen Wifo-Studie werden in einem Ranking als wirksamste konjunkturpolitische Maßnahme die Erhöhung öffentlicher Ausgaben für Bauinvestitionen gesehen, gefolgt von der Ausweitung öffentlicher Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologien und einer Einkommens-Steuersenkung für das untere und mittlere Einkommensdrittel. Geringe bis gar keine Auswirkungen auf die Konjunktur haben nach dieser Studie die Senkung des Spitzensteuersatzes und die Senkung von Lohnnebenkosten. Richtig ist daher nach Ansicht der SPÖ ein ausgewogener Maßnahmenmix aus ausgabenseitigen und steuerlichen Maßnahmen.

Öffentliche Infrastrukturinvestitionen zeichnen sich durch hohe direkte Nachfrage-Wirksamkeit aus. Die SPÖ tritt daher für ein Infrastrukturprogramm ein, mit dem einerseits die größtenteils aus den 80er-Jahren stammende Infrastruktur modernisiert und andererseits jene **Zukunftsprojekte** realisiert werden, die der Wirtschaftsstandort Österreich angesichts der neuen Herausforderungen, wie **EU-Erweiterung und Globalisierung** benötigt.

Diese Ausgaben würden größtenteils zudem **nicht direkt budgetwirksam**, weil diese Bereiche ohnehin außerbudgetär über sehr lange Zeiträume finanziert werden. Darüber hinaus kämen alternativ auch noch Finanzierungen im Rahmen von Public-Private-Partnership Projekten in Frage, wenn Projektentwicklungs- und Finanzierungskosten sowie Risiko zwischen öffentlicher Hand und Privaten fair verteilt sind.

Im Rahmen der **kurzfristigen steuerlichen Maßnahmen** ist **im Hinblick auf die konjunkturelle Wirksamkeit** primär auf die Verteilungswirkung **zugunsten vor allem kleiner Einkommen sowie der investierenden Wirtschaft** zu achten.

Insbesondere ist bei Einkommensteuersenkungen zu berücksichtigen, dass unterschiedlichen Einkommensgruppen auch unterschiedliche Konsum- und Importneigungen zuzuordnen sind. **Eine Entlastung der unteren Einkommen wirkt wegen hoher Konsum- und geringerer Importneigung kurzfristig am stärksten hinsichtlich der Inlandsnachfrage und Konjunkturbelebung.** Rund 1,3 Millionen Einkommensbezieher würden beispielsweise von einer Anhebung der Negativsteuer profitieren.

Die Absenkung des Spitzensteuersatzes, wie die ÖVP es vorhat, bringt vor diesem Hintergrund konjunkturell nichts. **Die SPÖ will daher jetzt primär die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen entlasten.**

Mit einer deutlichen Steuersenkung bereits im Jahr 2004 im Umfang von drei Milliarden Euro will die SPÖ **auch das Vertrauen der Österreicherinnen und Österreicher in den Aufschwung stärken.** Dieses Vertrauen, verbunden mit höherer Massenkaukraft und Nachfrage sowie Investitionsanreize für die private Wirtschaft sollen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Österreich sorgen.

Eine spürbare **Steuersenkung muß** auch nach Ansicht der Wirtschaftsforscher **bereits 2004 stattfinden, wenn sie der Konjunktur etwas bringen soll.** Diese Vorgangsweise würde auch den Verpflichtungen der EU gegenüber besser Rechnung tragen, die höhere Defizite in wirtschaftlich schlechten Zeiten erlauben, welche in Zeiten guter Konjunktur jedoch wieder zurückgefahren werden müssen.

Mittelfristig wirksame Maßnahmen

Darüber hinaus sind nach Ansicht der SPÖ **auch mittelfristige Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich und zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung erforderlich**. Auch hierbei spielen Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Forschung und Entwicklung sowie Aus- und Weiterbildung; aber auch Maßnahmen auf europäischer Ebene eine zentrale Rolle.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass zu wenig Spielraum für antizyklische Fiskalpolitik besteht und insbesondere in konjunkturell schlechten Zeiten öffentliche Investitionen bei gleichzeitigem wirken lassen der automatischen Stabilisatoren im zu engen Maastricht-Korsett keinen Platz haben. **Investitionen sollen** im Regelwerk des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes **nicht als Hypothek sondern als Chance für die Zukunft begriffen werden**.

Eine **Änderung der österreichischen Steuerstrukturen braucht** nach Ansicht der SPÖ **Wachstumsförderung statt Steuerdumping** im Wettbewerb mit anderen EU-Staaten. **Ziel einer mittelfristig angelegten großen strukturellen Steuerreform** ist es daher, bis spätestens 2005 nicht nur eine weitere Steuerentlastung der Österreicherinnen, sondern insbesondere die **Standortsicherung** und die Sicherung der **Wettbewerbsfähigkeit** des Wirtschaftsstandortes Österreich zu gewährleisten.

Mit diesen Maßnahmen würde Österreich im Unterschied zum derzeitigen Zustand auch den Verpflichtungen zur Umsetzung der **Lissabon-Strategie** nachkommen.

Das Sozialdemokratische Programm zu Konjunkturbelebung soll unter anderem

- durch ein Infrastrukturpaket den heimischen Betrieben Aufträge und damit den Beschäftigten Arbeit und Einkommen geben sowie den Wirtschaftsstandort Österreich verbessern,
- durch Steuersenkung für die unteren und mittleren Einkommensbezieher Inlandsnachfrage gewährleisten und durch mittelfristige Steuer-Strukturen Wirtschaftsstandort und Wettbewerbsfähigkeit sichern,

- durch eine Verbesserung der Investitionsstruktur richtung mehr Innovation den Strukturwandel begünstigen,
- durch eine Bildungsoffensive unsere Zukunftschancen wahren,
- durch einen Stopp des Ausverkaufs unserer Industrie-Flaggschiffe ans Ausland österreichische Headquarters, österreichische Handlungsspielräume, und den heimischen Klein- und Mittelbetrieben damit ihre Aufträge erhalten,
- durch die Verstärkung aktiver Arbeitsmarktprogramme Sicherheit und Flexibilität vereinen, und den Menschen Chancen auf Beschäftigung wahren,
- durch die Wiedereinführung des Investitionsfreibetrages Zukunftsinvestitionen und damit Beschäftigung in den Betrieben anregen,
- durch Intensivierung der Vorbereitungsarbeiten für die EU-Osterweiterung deren Wachstumschancen für Österreich nützen, und
- durch die Einrichtung eines Stabilitätsfonds den Klein- und Familienbetrieben bei ihren notwendigen Investitionen unterstützen.

Traurige Bilanz und Versäumnisse der Bundesregierung

In allen Bereichen der Wirtschaftspolitik sind Schüssel und Grasser bzw. mit ihnen die gesamte Bundesregierung genauso **säumig**, wie sie es bereits in der letzten Legislaturperiode waren. Das haben nicht nur zahlreiche Wirtschaftsforscher sowie Unternehmer und Manager mehrfach öffentlich erkannt und zum Ausdruck gebracht, sondern zuletzt auch Vizekanzler Haupt..

Das Ergebnis dieser Politik ist für den Wirtschaftsstandort Österreich und seine Menschen fatal.

Schüssel und Grasser haben die **höchste Steuer- und Abgabenquote** in der Geschichte der 2. Republik zustande gebracht, 45,6% im Jahr 2001 und 44,6% im Jahr 2002, im Jahr 2004 wird bereits das nächste Belastungspaket in Kraft treten und damit Steuern und Abgaben weiter erhöht.

Denn in Wahrheit wird die in den Budgetbegleitgesetzen bereits beschlossene geringfügige Einkommenssteuersenkung 2004 nur für Einkommen zwischen 900 und 1.100 Euro pro Monat wirksam. Der große Rest geht weitestgehend leer aus. Darüber hinaus bleiben letztlich durch höhere Energiesteuern und Erhöhungen im Bereich der Sozialabgaben und Pensionskürzungen **selbst nach Abzug aller Entlastungen noch 353,4 Millionen Euro im Jahr 2004 an Belastungen für die Österreicherinnen und Österreicher** über.

Schüssel und Grasser erzählen daher Märchen, wenn sie von einer ersten Etappe der Steuer- und Abgaben-Entlastung im Jahr 2004 sprechen.

Im laufenden Jahr wurde mit 200.000 Arbeitslosen die **höchste Arbeitslosigkeit** erreicht, die je in der 2. Republik im Monat Juli verzeichnet werden musste. Diese dramatische Entwicklung wurde nunmehr mit einem neuen traurigen 20-Jahres-Rekordwert von 208.502 Beschäftigungslosen im September fortgesetzt. Insgesamt liegt die Zahl der Arbeitssuchenden in Wahrheit noch höher, weil rund 40.000 Arbeitssuchende in Schulungen versteckt und der Arbeitslosenstatistik entzogen werden. Besonders dramatisch verläuft die Entwicklung bei der Jugendbeschäftigung sowie im Bereich der älteren ArbeitnehmerInnen, neuerdings auch der Akademikerinnen. Im Jahresdurchschnitt 2003 werden es laut Wifo rund 240.000 sein, und nächstes Jahr werden weiter ansteigend neue Rekordhöhen erreicht.

Die Entwicklung der Reallöhne bleibt in Österreich **immer weiter hinter dem EU-Durchschnitt** zurück, nachdem sie seit 1970 regelmäßig darüber lagen. 2002 und 2003 betrug laut EU-Kommission der Reallohnzuwachs in Österreich lediglich ein Drittel des EU-Durchschnitts !!! - 2002 0,3% in Ö und 1% in EU-15, 2003 0,5% in Ö und 1,4% in EU-15. Im Jahr 2001 sind die Reallöhne in Österreich erstmals gesunken, und zwar um 0,3%, während sie in der EU-15 um immerhin 1,4% gestiegen sind. Schüssel und Grasser haben die Österreicherinnen und Österreicher dadurch im EU-Vergleich dramatisch ärmer gemacht.

Österreich wird laut EU-Kommission 2003 und 2004 mit Abstand das **Schlusslicht bei öffentlichen Investitionen** sein. - Mit jeweils 1,1% des BIP erreicht Österreich nicht einmal die Hälfte des EU-Durchschnitts von 2,3% im Jahr 2003 und 2,4% im Jahr 2004 und verschlechtert sich damit auch noch weiter.

Es ist daher fast eine zwangsläufige Folge, dass Österreichs **wirtschaftlicher Reichtum gemessen am BIP pro Kopf immer mehr in der EU** zurückfällt. Österreich war laut Eurostat in der EU-15 in den Jahren 1998 und 1999 noch an guter 4. Stelle, fiel 2000 auf den 6. Platz zurück und erreichte in den Jahren 2001 und 2002 nur mehr den relativ schlechten 8. Platz. Wir wurden dabei von den Niederlanden, Finnland, Irland und Großbritannien überholt.

Österreich bleibt damit **beim Wirtschaftswachstum nach Spitzenplätzen in den dreißig Jahren sozialdemokratischer Bundeskanzler und Finanzminister im EU-Schnitt nachhaltig zurück**. Laut EU-Kommission werden wir in Österreich in den Jahren 2000 bis 2004 im Schnitt rund 0,4 bis 0,5% weniger jährliches BIP-Wachstum als der EU-Durchschnitt haben. Der in diesen Jahren eintretende relative Wohlstandsverlust wird nie wieder aufgeholt werden können.

Österreich büßt durch die Politik von Schüssel und Grasser aber auch Standortvorteile ein, wie dies Boston-Consulting-Chefin Mel-Pochtler unlängst festgestellt hat. **Im jüngsten Ranking der weltweit besten Standorte** ist Österreich in der renommierten Wirtschaftszeitschrift „Economist“ wegen schlechterer Rahmenbedingungen von Platz 17 **auf Platz 21 zurückgefallen**.

Dafür sind unter anderem fehlende Infrastrukturinvestitionen, die mangelnde Vorbereitung auf die EU-Erweiterung und vor allem die **Gefährdung des sozialen Friedens in Österreich** verantwortlich, die alleine auf eine Regierungspolitik zurückzuführen ist, die Konflikte schürt, ihre Klientel und Freunde bedient und das soziale Klima in unserem Land verschärft.

Dass **in dieser Situation** Schüssel und Grasser noch **Kampfflugzeuge** anschaffen, anstatt in die Zukunft unseres Landes zu investieren, zeugt lediglich einmal mehr davon, dass es Schüssel und Grasser nicht um Österreich, sondern ausschließlich um ihre persönlichen Interessen geht.

Österreich hat sich besseres verdient.

Die Österreicherinnen und Österreicher verdienen sich Wachstum und Beschäftigung, Wohlstand und soziale Sicherheit. Dafür brauchen wir die besten Rahmenbedingungen für eine florierende und investierende Wirtschaft. Dafür brauchen wir auch das Vertrauen der Menschen in den Aufschwung, die auch über ein ausreichendes Einkommen verfügen, um die Güter und Dienstleistungen auch kaufen zu können, die die Wirtschaft produziert.

Die SPÖ will die dafür notwendigen Rahmenbedingungen für die Menschen in Österreich sicherstellen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, raschest möglich die rechtlichen Grundlagen zu erarbeiten und dem Nationalrat zur Beschlussfassung vorzulegen bzw. Aktivitäten zu setzen, die ein Programm zur Konjunkturbelebung sicherstellen, das insbesondere die folgenden kurz- und mittelfristig wirksamen Maßnahmen beinhaltet:

Kurzfristig wirksame Maßnahmen:

Mit einem **Sofortprogramm** sollen notwendige **Infrastrukturinvestitionen vorgezogen** werden, etwa im Bereich Straße, Schiene, Bahnhöfe, Telekommunikation und Förderung der Breitbandtechnologie. Dabei ist **im Hinblick auf die Erfordernisse der EU-Erweiterung im Bereich der Verkehrsinfrastruktur ein Schwerpunkt in der Ostregion** zu setzen (z.B. Umfahrung Wien, Zentralbahnhof). Insbesondere soll arbeitsintensiven Projekten, wie der Bahnhofsausbau oder die Renovierung historischer Bauten, aber auch der Wohnhaussanierung und der Förderung von Energiespar-Maßnahmen im Wohnbau, insbesondere Investitionen in Wärmedämmungsmaßnahmen, der Vorzug gegeben werden. Baureife Projekte im Ausmaß von rund 1,5 Milliarden Euro könnten sofort in Angriff genommen werden.

Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, wie dringend notwendig auch **Investitionen in die Energie-Infrastruktur und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit** auch in Österreich sind. Experten warnen bereits seit zwei Jahren, dass vor allem im Süden Österreichs zusätzliche Leitungskapazitäten in der Energieversorgung nötig sind. Ein **Energie-Infrastrukturpaket für die nächsten Jahre, das die Versorgung ökologisch verträglich sicherstellt, soll sofort geschnürt und mit der Umsetzung raschest möglich begonnen werden.**

Für Gebäude, die vor 1975 errichtet wurden, soll ein **Althausanierungsprogramm** entwickelt werden. Die **Wohnbauförderung** sollte dabei **insbesondere für die Erreichung von Energiesparzielen teilweise zweckgewidmet** werden. Neben einer wesentlichen Energieeinsparung wird damit auch ein wichtiger beschäftigungswirksamer Effekt realisiert. Die Förderung soll progressiv ansteigen, je mehr sich die thermische Gebäudequalität verbessert. Anzustreben ist ein Wert K-Wert von 0,40. Die Massnahme ist auf 5 Jahre zu befristen.

Für Neubauten sind die Wärmekennzahlen weiter zu entwickeln. Um Energiesparen und Umweltfreundlichkeit bei der Bereitstellung von Energiedienstleistungen voranzutreiben, ist eine differenzierte Förderung in der Form vorzusehen, dass der Förderungsnehmer umso mehr am Förderungen erhält, desto mehr umweltfreundliche Maßnahmen er setzt. Eine besondere Förderung ist für Niedrigstenergiehäusern mit einem Wärmebedarf von weniger als 35 kWh pro Quadratmeter (brutto)und Jahr vorzusehen.

Der Tourismus- und Freizeitwirtschaft, die von der Bundesregierung sträflich vernachlässigt wird, ist besonderes Augenmerk zu widmen, weil ihre regional- und beschäftigungspolitische Funktion in Österreichs Wirtschaftsstruktur von besonderer Bedeutung ist. In diesem Zusammenhang sind raschest möglich kurzfristig wirksame **Tourismusförderprojekte** zu entwickeln und umzusetzen, **insbesondere (Kooperations-) Förderungen**, etwa zur Saisonverlängerung.

Im Rahmen einer auf 2004 vorgezogenen Steuersenkung sollen konkret die kleinen und mittleren Einkommen um je eine Milliarde Euro entlastet werden. Dabei sollen insbesondere die kleinsten Einkommen von einer Verdoppelung der sog. Negativsteuer von 110 auf 220 Euro profitieren. Einmommen bis zu einer Steuergrundlage von 10.000 Euro pro Jahr - das sind rund 15.000 Euro Jahres-Brutto-Einkommen - sollen steuerfrei gestellt werden. Für Alleinverdiener mit Kind soll diese steuerfreie Steuergrundlage 1.000 Euro pro Maonat betragen. Die mittleren Einkommensbezieher würden nach dem um durchschnittlich 650 Euro pro Jahr entlastet. In diesem Zusammenhang wird für weitere Details auf den Antrag 202/A verwiesen.

Die investierende Wirtschaft soll ebenfalls um 1 Milliarde Euro entlastet werden durch

- einen **neuen Investitionsfreibetrag**, der den über einen dreijährigen Durchschnitt hinausgehenden Zuwachs bei Bau- und Ausrüstungsinvestitionen mit 30% bis 50% begünstigt - in diesem Zusammenhang wird für weitere Details auf den Antrag 201/A verwiesen
- einen **Stabilitäts- und Wachstumsfonds für Klein- und Mittelbetriebe**, der Haftungen für Investitionskredite zu Bestkonditionen übernehmen soll - in diesem Zusammenhang wird für weitere Details auf den Antrag 200/A (E) verwiesen
- durch die sofortige Umsetzung des SPÖ-Bildungsprämien-Modells (s.u. mittelfristig wirksame Maßnahmen)

Darüber hinaus sollen durch **gezielte Förderprogramme** das allgemeine Umfeld für die österreichische Wirtschaft verbessert und private Investitionen ausgelöst werden, beispielsweise durch

- Förderungen von **Sofort-Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung**, beispielweise durch Förderung der Auslastung von 1.000 freien Plätzen in Lehrwerkstätten oder einer bedarfsorientierten Facharbeiterförderung sowie
- ein **Sofortprogramm für die Universitäten** im Ausmaß von rund 100 Millionen Euro, um die in den letzten Jahren entstandenen größten Unzulänglichkeiten abzustellen und einen akzeptablen universitären Betrieb zu ermöglichen
- eine **Exportoffensive**
- zweckgebundene **Entwicklungshilfeprojekte** von österreichischen Unternehmen in Drittweltstaaten, beauftragt, finanziert und unentgeltlich zur Verfügung gestellt von Österreich, z.B. Fruchtsaftanlagen, Trinkwasseraufbereitung, Stromversorgung, Schulbauten etc.
- proaktive **Betriebs-Ansiedlungspolitik** und Förderung von Direktinvestitionen
- neues Förderprogramm für Unternehmensgründungen und Einrichtung eines Gründerfonds
- Steueranreize und Förderung der **Betriebsnachfolge** und der **Betriebsübergaben**, wobei der **Förderschwerpunkt bei den Übernehmern** von Betrieben liegen soll
- Gründung einer staatlichen **Venture Capital Gesellschaft, die Neugründungen und Expansionen fördert** und professionell geführt auch sehr rentabel sein kann
- Errichtung einer **GBI NEU samt Krisenfonds**, um größere Unternehmen in Einzelfällen durch Finanzierung und Umsetzung eines Sanierungsprogrammes zu retten
- Ausschöpfung aller EU-rechtlichen Möglichkeiten zur **Neuorientierung der Vergaberichtlinien** auch an Kriterien der Beschäftigung in Österreich, der Aus- und Weiterbildung sowie der ökologischen Nachhaltigkeit.

Mittelfristig wirksame Maßnahmen:

Die Bundesregierung soll auf europäischer Ebene sicherstellen, dass der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt und die sogenannten **Maastricht-Kriterien** in der durch Ecofin-Entscheidungen spezifizierten Ausprägung **einer Revision unterzogen** werden, um den bisher gemachten Erfahrungen Rechnung zu tragen. Eine wirtschaftspolitisch intelligentere und damit großzügigere Auslegung ist notwendig, wie das auch der Präsident der Kommission bereits im Jahr 2002 öffentlich festgestellt hat.

Die Bundesregierung soll in diesem Zusammenhang daher dafür eintreten, dass Zukunftsinvestitionen in langlebige Infrastruktur nicht in die Defizitberechnung des Jahres eingehen, in dem die Investitionen getätigt werden. Schließlich profitieren von

langlebigen Infrastrukturinvestitionen, wie Schienen-, Straßen-, Telekommunikations-, Stromnetze, Schulen oder Universitäten, mehrere Generationen über Zeiträume zwischen 50 und 100 Jahren. Es ist daher wenig intelligent und ungerecht, die gesamte Finanzierungslast wie bisher nur einer Generation in nur einem Jahr anzurechnen.

Die Bundesregierung soll sich auf europäischer Ebene für eine **abgestimmte europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik** einsetzen, die insbesondere auch konjunkturpolitische Ziele, Wachstum und Beschäftigung, zu verfolgen hat. Bei schlechter Konjunktur soll auch die **Europäische Union** mit vorgezogenen öffentlichen **Investitionen**, beispielsweise in **Transeuropäische Netze**, den Anreiz und Auslöser für private Investitionen bieten, wie das Kommissions-Präsident Delors bereits 1993 erfolgreich unter Beweis gestellt hat. Investitionsbedarf gäbe es vor allem im Bereich transeuropäischer Verkehrs- (z.B. Brenner Basistunnel) und Informationsnetze sowie neuerdings auch im Bereich der transeuropäischen Stromnetze. Die Finanzierung soll insbesondere durch die Europäische Investitionsbank erfolgen.

Schließlich ist durch **Änderungen im Regelwerk für das Europäische System der Zentralbanken** sicherzustellen, dass nicht ausschließlich die Preisstabilität, sondern vor allem Wachstum und Beschäftigung zentrale Ziele der Euro-Währungspolitik sind. Die Rahmenbedingungen für das pragmatische Vorgehen des US-Federal-Reserve-Systems zur Konjunkturbelebung könnten dafür benchmark sein.

Die Bundesregierung hat im Rahmen mittelfristig wirksamer Infrastrukturmaßnahmen jedenfalls die pünktliche Einführung des LKW-Road-Pricing sicherzustellen und **ein umfassendes Verkehrsinfrastruktur-Programm Österreichs** zur Bewältigung der Transitproblematik sowie zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Österreich **zu forcieren**. Ferner sind die Transitverhandlungen im Interesse der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft zu einem für Österreich befriedigendem Ergebnis zu bringen. Im Zuge dieser Verhandlungen ist insbesondere auch die Finanzierung des Brenner-Basis-Tunnels bei einer entsprechenden Finanzierungsbeteiligung der Europäischen Union mit dem Ziel sicher zu stellen, den Brenner-Basis-Tunnel bis spätestens 2015 fertig zu stellen.

Ferner ist die **Versorgungssicherheit in der Energiewirtschaft** (Strom, Gas, etc.) **und der allgemeinen Daseinsvorsorge** durch ausreichende Investitionen auch ökologisch verträglich sicherzustellen.

Zusätzliche öffentliche **Investitionen in Forschung und Entwicklung** sowie in die **Aus- und Weiterbildung** bzw. in eine tatsächliche Qualifizierungsoffensive für Arbeitslose sind zu

erarbeiten und umzusetzen, um Österreich wieder auf die Überholspur zurückzubringen. Konkret sind unter anderem folgende Maßnahmen zielführend:

- **Schaffung der strukturellen und finanziellen Voraussetzungen**, um im Europäischen Forschungs- und Bildungsraum eine aktive Rolle spielen zu können
- eine ausreichende Dotierung der F+E-Fördertöpfe, damit das Ziel einer **F+E-Quote von 2,5% des BIP so rasch als möglich** mit dem Ziel erreicht wird, **mittelfristig 3% des BIP** zu erreichen, weil Österreich immer weiter hinter den EU-Schnitt zurückfällt
- Maßnahmen zur **effektiveren Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft**
- die sofortige **Umsetzung des SPÖ-Bildungsprämienmodells** der steuerliche Förderung für die Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und
- sofortiger Stopp des finanziellen Austrocknens des AMS und eine der konjunkturellen Lage angepasste Dotierung der **aktiven Arbeitsmarktpolitik**.

Im Zusammenhang mit einer bis 2005 umzusetzenden strukturellen Steuereform ist unter anderem insbesondere der **Faktor Arbeit merklich zu entlasten und das System durch eine gerechtere Steuerbasis fairer zu gestalten**. Dabei soll sich die Bundesregierung an **internationalen benchmarks** orientieren. Das bedeutet unter anderem, alle Einkommensarten einer fairen Besteuerung zu unterziehen.

In diesem Licht ist auch die **Finanzierung der Sozialversicherungsleistungen** neu zu überdenken, die **nachhaltig sicherzustellen** ist. Schließlich ist auch im Bereich der **Familienförderung, der Wohnbauförderung und der Gemeindefinanzierung** (Kommunalsteuer) zu prüfen, in wie weit eine ausschließliche Finanzierung über die Lohnsumme im internationalen Vergleich zeitgemäß ist und ein faires Finanzierungssystem sicherstellen kann. Auch hier sollten bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit **alle Einkommensarten** einer fairen Besteuerung unterzogen werden und damit **zur Finanzierung der Leistungen beitragen**, die schließlich nicht nur den lohnabhängig Beschäftigten sondern allen Österreicherinnen und Österreicherinnen offen stehen.

Im Bereich der Unternehmensbesteuerung ist die **Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen bzw. -Verzerrungen im Rahmen der KöSt** und eine Absenkung des **nominellen Steuersatzes auf bis zu 25%** anzustreben. Das heißt, dass die Absenkung des nominellen KöSt-Satzes dann erfolgen kann, wenn es durch Schließung von Schlupflöchern und Beseitigung von Steuerprivilegien zu keinem Absinken des effektiven Steuersatzes von derzeit laut EU-Kommission rund 19% kommt. Damit ist auch sichergestellt, dass eine solche Maßnahme nicht zur Erosion des Steueraufkommens führt. Darüber hinaus ist darauf Wert zu legen, dass steuerliche Investitionsanreize wirksam bleiben bzw. neu geschaffen werden.

Zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes, der headquarters sowie der Forschung und Entwicklung in Österreich ist ein **öffentliches Kerneigentum an den österreichischen Schlüsselindustrien** auch weiterhin zu **sichern und** vor allem die Infrastrukturunternehmen in einer eigenen **Infrastrukturholding** des Bundes zusammenzufassen. Öffentliches strategisches Eigentum soll die Leitungsfunktion einer Unternehmung, die Entscheidungen über Investitionen, die Forschung und Entwicklung und schließlich die Fertigungsstandorte in Österreich sichern.

Das längst überfällige **Konjunkturpaket soll abgerundet werden durch**

- eine aktive Außenhandelspolitik zur Unterstützung einer **Exportoffensive**,
- ein **Förderprogramm für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft**
- Projekte der **Grenzlandförderung** für Verbesserung und Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen Österreichs mit den EU-Erweiterungsländern,
- eine **stärkere Inanspruchnahme der EU-Strukturfonds**
- ein **KMU-Programm**, das der Bedeutung der KMU für die Österreichische Wirtschaft und die Beschäftigung in Österreich Rechnung trägt,
- **günstiges Kapital für Klein- und Mittelbetriebe** sowie
- einen **Masterplan für Junge Unternehmen und Betriebsübergaben**.

Zuweisungsvorschlag: Finanzausschuß